

trolle der Arbeitsbedingungen. (IHT, 14.5.02)

Angesichts dieser Interessenkollusion ist fraglich, ob eine Kampagne des Staatsrats für spürbare Verbesserung sorgen kann. Von strukturellen Veränderungen bei der Kontrolle der Arbeitsbedingungen war zudem nicht die Rede. Ein Indikator für die Wirkungslosigkeit von Kampagnen ist der Kohlebergbau. Hier hatte es bereits im vergangenen Jahr ähnliche Bemühungen gegeben, offensichtlich ohne großen Erfolg. (BBC, 29.4.02) Auch Rechte für Arbeitnehmer, wie sie nun im Zusammenhang mit giftigen Substanzen am Arbeitsplatz eingeführt worden sind, müssen überwacht und eingeklagt werden. In anderen Bereichen wie bei der Höchstgrenze für Überstunden, wo es schon länger gesetzliche Regelungen gibt, geschieht dies häufig nicht. -bö-

SVR Hongkong

28 *Executive Council* beschließt Gehaltskürzungen im *Civil Service*

Nach mehrwöchigen Vorankündigungen hat der *Executive Council* beschlossen, die Gehälter der Bediensteten im *Civil Service* ab Oktober dieses Jahres um bis zu 4,42% zu kürzen. Die Mitglieder des *Executive Council*, des Beratergremiums des Regierungschefs, fassten den Beschluss Mitte Mai entgegen von Protesten verschiedener Gewerkschaftsgruppen, die sich allerdings nicht auf ein einheitliches Vorgehen einigen konnten.

Die Kürzungen sind nach Tarifgruppen gestaffelt. So sollen die Gehälter in den obersten drei Tarifgruppen um 4,42%, in den mittleren Tarifgruppen um 1,64% und in den unteren Tarifgruppen um 1,58% reduziert werden. Diese Prozentsätze orientieren sich als Vergleichsmaßstab an Umfrageergebnissen über Einkommensrückgänge im privaten Sektor infolge der anhaltend schlechten konjunkturellen Lage in Hongkong. Allerdings hatten die jüngsten Umfragen ergeben, dass die Einkommenseinbu-

ßen im privaten Sektor tatsächlich weniger dramatisch ausgefallen sind als ursprünglich von offizieller Seite erwartet. Entsprechend musste eine im März von der Regierung anvisierte Gehaltskürzung um 4,75% für den gesamten *Civil Service* nach unten korrigiert werden. Die Spareffekte der nun beschlossenen Kürzungen von 1,58% bis 4,42% für den Fiskus blieben so mit 3,1 Milliarden HKD (385 Mio. USD) deutlich hinter den ursprünglich angestrebten Einsparungen von über 6 Milliarden HKD zurück. Der *Financial Secretary* Antony Leung kündigte daraufhin an, dass die Regierung nun weitere Möglichkeiten prüfen müsse, im öffentlichen Sektor Einsparungen zu erzielen, um das Ziel eines ausgeglichenen Budgets im Haushaltsjahr 2006/7 erreichen zu können. Erwogen würden Einstellungsstopps, Regelungen für vorzeitigen Ruhestand und neue Kampagnen zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Dienst. Im zurückliegenden Haushaltsjahr 2001/2 verzeichnete Hongkong ein Fiskaldefizit von 63,3 Milliarden HKD.

Während sich große Teile der Bediensteten im öffentlichen Dienst vorerst mit den Gehaltskürzungen abgefunden zu haben scheinen, ist eine kontroverse juristische Debatte darüber entstanden, ob zur formalen Durchsetzung der Gehaltskürzungen der Weg der Gesetzgebung beschritten werden solle oder nicht. Die Regierung präferiert ein solches Vorgehen, das konkret die Verabschiedung einer entsprechenden Verordnung („Ordinance“) durch die Legislativversammlung voraussetzen würde. Ein entsprechender Antrag solle dieser möglichst bald vorgelegt werden. Demgegenüber argumentieren die Demokratische Partei und mehrere Gewerkschaftsorganisationen, dass eine derartige Verordnung gegen das *Basic Law*, das Grundgesetz der Sonderverwaltungsregion Hongkong, verstoßen würde. So schreibt Artikel 100 vor: „Public servants [...] shall retain their seniority with pay, allowances, benefits and conditions of service no less favourable than before“; Artikel 103 sieht ferner vor, dass das frühere Beschäftigungssystem des *Civil Service* vor 1997 unverändert aufrechterhalten werden solle, „including special bodies for their appointment, pay and conditions of service“ (*Basic Law*, English version).

Angesichts der allgemeinen Zustimmung, auf die die Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst unter der breiten Bevölkerung Hongkongs offenbar stoßen, scheint es allerdings keineswegs ausgeschlossen, dass sich in der Legislativversammlung die nötige Mehrheit finden wird, um trotz der juristischen Bedenken eine entsprechende gesetzliche Regelung auf den Weg zu bringen. Bezeichnend ist hier das Verhalten der zunehmend einflussreichen politischen Partei *Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong* (DAB), die sich zunächst gegen ein legislatives Verfahren ausgesprochen hatte. Ende Mai aber schwenkten Sprecher der Partei auf eine Kompromissposition um, wonach sich die DAB einer gesetzlichen Regelung dann nicht widersetzen wolle, wenn die Regierung darlege, dass es sich dabei tatsächlich um den einzig gangbaren Weg handle.

Die bevorstehenden Gehaltskürzungen dürften die sinkende Moral und den Unmut im *Civil Service* noch verstärken, wie sie sich in den vergangenen Jahren dort nach und nach breit gemacht haben. Zu den empfindlichen finanziellen Abstrichen gesellen sich die wachsende Sorge um eine zunehmende Erosion der politischen Unabhängigkeit des *Civil Service*, wie sie mit der Einführung eines Ministerialsystems ab Juli dieses Jahres einhergehen könnte. Den verschiedenen Fachressorts der Verwaltung werden dann politische Beamte vorgesetzt werden, die in erster Linie dem Regierungschef rechenschaftspflichtig sein werden. Entsprechend befürchtet man, dass der *Civil Service* zum bloßen auf Loyalität verpflichteten Ausführungsorgan degradiert wird (vgl. C.a., 2002/4, Ü 37). (SCMP, 8., 16., 17., 21., 22., 29., 31.5.02; ST, 23.5.02; RTHK Radio 3, 22., 28., 30.5.02, nach BBC PF, 23., 29., 31.5.02) -hol-

SVR Macau

29 Telekommunikation auf dem Vormarsch

Am 17. Mai, dem Welt-Telekommunikations-Tag, organisierten die drei